

Amtliche Bekanntmachung

15 K 13/22



Amtsgericht Gladbeck

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Donnerstag, 26.06.2025, 11:00 Uhr,
Sitzungssaal D (Ebene 5), Schützenstraße 21, 45964 Gladbeck**

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Gladbeck, Blatt 4731,

BV lfd. Nr. 1

Gemarkung Gladbeck, Flur 134, Flurstück 49, Gebäude- und Freifläche, Lohstraße 43, Größe: 551 m²

Grundbuch von Gladbeck, Blatt 4731,

BV lfd. Nr. 2

Gemarkung Gladbeck, Flur 134, Flurstück 398, Gebäude- und Freifläche, Lohstraße 43, Größe: 54 m²

versteigert werden.

Es handelt sich um ein mit einer DHH als ZwFH und Garage bebautes Grundstück mit Vorgarten. Baujahr: 1959.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 13.04.2022 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

426.800,00 €

festgesetzt.

Der auf Donnerstag, 24.04.2025, 11:00 Uhr bestimmte Termin wird aufgehoben.

Die Zustellungsfrist des § 43 Abs. 2, 2. Fall ZVG ist hinsichtlich eines Beteiligten (Ber. II/ 5, Deutsche Telekom AG) nicht eingehalten, so dass der Termin aufzuheben und ein neuer Termin von Amts wegen zu bestimmen war. Eine Genehmigung des Termins vom 24.04.2025 liegt nicht vor.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.